

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Veronika Bode (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz namens der Landesregierung

Rückholung der atomaren Abfälle aus der Schachanlage Asse: Wo will die Landesregierung das Zwischenlager errichten?

Anfrage der Abgeordneten Veronika Bode (CDU), eingegangen am 13.12.2022 - Drs. 19/154
an die Staatskanzlei übersandt am 14.12.2022

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz namens der Landesregierung vom 27.12.2022

Vorbemerkung der Abgeordneten

Laut der *Braunschweiger Zeitung* vom 19.11.2022 sagte der niedersächsische Umweltminister Christian Meyer, dass der Atom Müll so schnell wie möglich aus dem Atom Mülllager Asse bei Wolfenbüttel geholt werden müsse, da „das marode alte Bergwerk instabil ist und abzusinken droht“. Zudem sei plausibel, dass die Initiativen und Anwohner im Kreis Wolfenbüttel eine angemessene und schlüssige Begründung dafür haben wollten, warum der von der Vorgängerregierung gewählte Standort unmittelbar am alten Bergwerk der richtige sein solle. Er setzte sich für eine faire und transparente Lösung ein. Weiter führte Minister Meyer aus: „Das Mindeste ist, dass der Bund und die BGE die Argumente ernst nehmen und noch mal die Entscheidung ergebnisoffen und kritisch prüfen. Klar ist aber, dass wir eine schnelle Lösung brauchen.“

Vorbemerkung der Landesregierung

Im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/die Grünen heißt es: „Wir setzen uns dafür ein, dass das havarierte Bergwerk Asse II schnellstmöglich stabilisiert wird und die atomaren Abfälle zurückgeholt werden. Die Neustrukturierung des Begleitprozesses ist eine notwendige Voraussetzung für das Gelingen der Rückholung und die Akzeptanz in der Region. Wir setzen uns weiter für eine konstruktive und schnelle Lösung der Zwischenlager-Standortfrage mit Alternativprüfung auf Grundlage der Ergebnisse der Beleuchtungskommission ein und fordern im Bund die Berücksichtigung der Interessen der Region ein.“

1. Wird die Landesregierung die Entscheidung zugunsten eines Standortes unmittelbar am alten Bergwerk revidieren bzw. sich für eine Revision dieser Entscheidung einsetzen?

Die Landesregierung setzt sich, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, beim Bund für eine ergebnisoffene und kritische Prüfung unter Berücksichtigung der Interessen der Region ein. Die Entscheidung für einen Zwischenlager-Standort liegt bei der Vorhabenträgerin, der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE). Die Vorhabenträgerin entscheidet, welcher Standort beantragt wird.

2. Falls die Entscheidung zugunsten des Standortes direkt am alten Bergwerk revidiert werden sollte: Gibt es bereits alternative, nach Einschätzung der Landesregierung besser geeignete Standorte?

Es wird auf die Vorbemerkungen der Landesregierung und auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

3. Mit welchem Zeitbedarf rechnet die Landesregierung für die ergebnisoffene und kritische Überprüfung der bisherigen Standortentscheidung sowie gegebenenfalls das erforderliche Finden eines neuen Standortes?

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass das havarierte Bergwerk Asse II schnellstmöglich stabilisiert wird und die radioaktiven Abfälle zurückgeholt werden. Die Frage der Zwischenlagerung muss vor Beginn der Rückholung geklärt werden. Die Landesregierung setzt sich für eine konstruktive und schnelle Lösung der Zwischenlager-Standortfrage ein, damit der Rückholzeitplan nicht gefährdet wird.